

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Ergebnis der Berlin-Wahl macht Hoffnung. Denn auch abseits jeder Parteipolitik muss es aufschrecken, wenn ein Land ständig in Chaos versinkt, ob bei Bildung, Finanzen, Verkehr, innerer Sicherheit und vielem mehr.



In einer Umfrage gaben gerade einmal 18 Prozent der Berliner an, man könne sich auf die Verwaltung verlassen – bundesweit sind es 66 Prozent! Stutzig machen

sollte es auch, dass der Europarat zehn Wahlbeobachter nach Berlin schicken musste – Kontrolleure, die sonst nach Venezuela oder Nigeria geschickt werden.

Ich wünsche den Verantwortlichen von Rot-Grün-Rot die Sensibilität, bald anzuerkennen, dass sie abgewählt wurden.

Ihr Carsten Linnemann

## Agrarministerin macht Druck

■ Unsere Landwirte fühlen sich zunehmend zerrieben zwischen politischen Vorgaben aus Brüssel und Berlin. Das wurde beim 7. Zukunftsforum Landwirtschaft in Scharmede deutlich. NRW-Agrarministerin Silke Gorißen machte dafür vor allem die EU-Agrarpolitik verantwortlich. „Aus Brüssel kommen immer neue Anforderungen, die an einigen Stellen nicht praxistauglich sind“, sagte sie. Einigkeit bestand deshalb darin, dass die Politik nicht auf immer mehr Verbote, sondern auf eine stärkere Zusammenarbeit mit den Bauern setzen muss. Gorißen kündigte zudem eine Offensive der CDU-Landwirtschaftsminister an, um sichtbarer gegenüber der Regierungspolitik aufzutreten.



Mit Kreislandwirtin Susanne Mönnikes, Ministerin Silke Gorißen, CDU-Chefin Corinna Rotte, WLV-Präsident Hubertus Beringmeier und CDU-Agrarexperte Eduard Gockel

## Austausch zum Gesellschaftsjahr



■ Eine große Ehre wurde mir im Januar zuteil. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat mich zu einem Gespräch in seinen Berliner Amtssitz Schloss Bellevue geladen. Dabei haben wir uns vor allem zur Idee eines Gesellschaftsjahres ausgetauscht.

Seit Jahren mache ich mich für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für Schulabgänger stark. Ich habe mich deshalb sehr gefreut, dass sich Bundespräsident Steinmeier nun ebenfalls dafür ausgesprochen hat. Die Zeit könnte zum Beispiel im Pflege- und Sozialbereich, bei der

Bundeswehr, im Katastrophenschutz, in Vereinen oder im Ausland geleistet werden. Wir würden so Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Respekt vor anderen Meinungen stärken.

Für mich ist auch eine kürzere Zeit als zwölf Monate denkbar. Es geht mir zunächst um eine breite, überparteiliche Debatte in der Bevölkerung. Klar ist, dass das Gesellschaftsjahr nicht gegen eine Mehrheit durchgesetzt werden darf. Umfragen haben jedoch gezeigt, dass mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland für die Einführung sind.

## Steuerfreie Aktivrente



Bei Maybrit Illner (ZDF) habe ich meine Idee einer steuerfreien Aktivrente erläutert.

■ Die Situation am Arbeitsmarkt ist dramatisch. Wir verlieren jedes Jahr Hunderttausende gesunde und motivierte Arbeitskräfte, weil der Staat sie teils vorzeitig in Rente schickt. Dabei würden viele von ihnen gerne weiterarbeiten.

Für sie habe ich eine „Aktivrente“ vorgeschlagen: Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht hat, aber weiterarbeiten möchte, soll sein Gehalt steuerfrei bekommen. Entrichtet werden müssten nur noch die Sozialbeiträge. Der Ansatz ist

radikal. Aber wir sind dringend auf dieses Potenzial angewiesen! Denn es rücken schlichtweg zu wenige junge Kräfte nach. Letztlich würden alle von der Aktivrente profitieren: Der Rentner erhält mehr Geld, der Arbeitgeber erfahrene Fachkräfte und der Staat mehr Kaufkraft.

Warum also probieren wir diesen Vorschlag nicht einfach mal in einem Pilotprojekt aus? Fest steht jedenfalls, dass nicht zu handeln die schlechteste aller Möglichkeiten ist.

## Hinter den Kulissen: Voneinander lernen

Von Nils Petrat

■ Wie ein Feuerwerk, energetisch und tiefgründig – so würde ich meinen Monat als Pfarrer aus dem Erzbistum Paderborn an der Seite von Carsten Linnemann in Berlin beschreiben. Der Wunsch, einmal einen Einblick in eine nicht-kirchliche Welt zu bekommen, führte mich hierher – und eine Faszination für Politik, gesellschaftliche Dynamiken und ethische



Fragen, die mich schon seit Jugendzeiten begleitet. Vom ersten Tag an ging es zur Sache. Mich hat beeindruckt, wie viele interessante Begegnungen jeden Tag auf dem Programm von Carsten Linnemann standen. Wie präsent, neugierig und meinungsstark er in all diesen Gesprächen war und wie gut sein Team sein eng getaktetes Tagesprogramm vor- und nachbereitet. Oft ging es ans „Eingemachte“: Steuerung von Migration, Generationengerechtigkeit, Gesellschaftsjahr etc.

Darüber hinaus habe ich mich intensiv mit den Gesetzentwürfen zum assistierten Suizid (Sterbehilfe) auseinandergesetzt. Mittendrin bei diesen wirklich relevanten Themen zu sein, fand ich super, weil ich manchmal in meiner Kirche den Eindruck habe, dass wir da nur um uns selbst und interne Probleme kreisen.

Zu den Highlights gehörte auch der persönliche Austausch mit Carsten Linnemann. Wir haben festgestellt, dass wir viel voneinander lernen können: Ich etwas von der offensiven und direkten Gesprächsführung. Er etwas davon, wie Stille und Reflexion in den turbulenten Alltag integriert werden können. Win-Win!



Im Andachtsraum des Deutschen Bundestags

## Die echten Sorgen und Nöte adressieren

■ Beim Politischen Aschermittwoch wird Klartext gesprochen. Da hat die übertriebene „Political Correctness“ mal Sendepause. Deshalb war es mir eine große Freude, beim 30. Politischen Aschermittwoch der CDU in Apolda (Thüringen) – der größten Veranstaltung dieser Art in Ostdeutschland – vor rund 1000 Gästen sprechen zu dürfen.



Ich habe die Gelegenheit vor allem dazu genutzt, deutlich zu machen, dass Politik immer die echten Sorgen und Nöte der Menschen adressieren muss – und die Bevölkerung nicht aus ideologischen Gründen umerziehen darf. Die bürgerliche Mitte wünscht schlichtweg kein Gendern und keine Sprachpolizei, die uns sagt, was noch gesagt werden darf und was nicht.



Aus diesem Grund war es mir auch ein Anliegen, den Gastgeber und örtlichen CDU-Kreisvorsitzenden Mike Mohring zu verteidigen. Der hatte sich wenige Tage zuvor beim Straßenkarneval als Indianer verkleidet, worauf ihm von linker Seite „Rassismus“ und „rechtes Gedankengut“ vorgeworfen wurde. Über solche Vorwürfe schüttelt die Mehrheit in diesem Land doch nur noch den Kopf.

## Das berichten die Anderen

Neue Westfälische, 22. Januar



### Neue Westfälische

■ Linnemann wacht über das neue CDU-Grundsatzprogramm, das bis 2024 entstehen und seiner Ansicht nach die Partei inhaltlich klarer definieren soll. „Unsere Mitglieder wussten nicht mehr, wofür die CDU steht“, sagte der Paderborner Bundestagsabgeordnete. Personell müsse sich die CDU im Bund „in der Breite“ aufstellen [...].

Merz hatte zuletzt mit einer umstrittenen Äußerung für eine Kontroverse gesorgt. Er hatte im Kontext der Berliner Krawalle in der Silvesternacht von „kleinen Paschas“ aus Migrantenfamilien gesprochen, die in Schulen für Probleme sorgen würden. Nach Meinung von Linnemann habe Merz mit der Diskussion einen wunden Punkt erwischt. „Friedrich Merz hat Recht“, sagte Linnemann.

Selbstkritisch zeigte sich Linnemann bei einer anderen Diskussion: der Verkleinerung des Bundestages. Den Menschen sei es nicht zu erklären, „warum der Bundestag mehr als 700 Sitze hat“. Die Ampel-Parteien haben nun ein Modell vorgestellt, mit dem das Parlament wieder auf Ursprungsgröße schrumpfen soll und das bei der Union auf großen Widerstand stößt. „Man darf sich aber nicht wundern, wenn das Andere anstoßen und man selbst nicht zufrieden ist“, so der CDU-Vize. [...] Nun gelte es, sich mit den Ampelkoalitionären für eine Lösung an einen Tisch zu setzen.

Merkur.de, 3. Februar



■ Linnemann kritisiert die Vollkaskotalität der Deutschen. Der Staat gebe den Menschen das Gefühl, „als ob er für alles sorgt und für alles verantwortlich“ sei: „Der verteilt so das Geld, als ob alle Lebensrisiken abgedeckt wären.“ [...] In den letzten zwei Jahrzehnten hätten die Menschen „gearbeitet aus existentiellen Gründen, um den Lebensunterhalt zu erwirtschaften“. Heute hingegen käme zu viel Geld vom Staat. „Selbst Bundestagsabgeordnete kriegen das Neun-Euro-Ticket, paar hundert Euro Energiepauschale.“